



**Geschäftsführung
Ausschuss für Anregungen und
Beschwerden**

Herr Droske

Telefon: (0221) 221-26144

Fax: (0221) 221-26005

E-Mail: ralf.droske@stadt-koeln.de

Datum: 30.04.2013

Niederschrift

über die **28. Sitzung des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden** in der Wahlperiode 2009/2014 am Montag, dem 29.04.2013, 15:05 Uhr bis 17:25 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theodor-Heuss-Saal, Raum-Nr. A 119

Anwesend waren:

Vorsitzender

Herr Horst Thelen GRÜNE

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Dietmar Ciesla-Baier	SPD
Frau Polina Frebel	SPD
Herr Frank Schneider	SPD
Frau Monika Schultes	SPD
Frau Dr. Cornelia Herbers-Rauhut	CDU
Herr Efsan Kara	CDU
Herr Jürgen Koch	CDU
Herr Stephan Pohl	CDU
Herr Stefan Fischer	GRÜNE
Herr Karsten Kretschmer	GRÜNE
Herr Markus Wiener	pro Köln

Sachkundige Bürgerin

Frau Renate Domke auf Vorschlag der FDP

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Herr Peter Löwisch auf Vorschlag der Fraktion die Linke.Köln

Herr Thor-Geir Zimmermann DEINE FREUNDE

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Frau Helga Schlapka SPD

Frau Christel Tank pro Köln

Herr Ulf Florian	auf Vorschlag der SPD
Herr Patric Sobieralski	auf Vorschlag der SPD
Herr Joachim Geyszel	auf Vorschlag der CDU
Herr Heinz Klein	auf Vorschlag der CDU
Herr Patrick Stamm	auf Vorschlag der CDU
Herr Robert Wande	auf Vorschlag der FDP
Herr Thorsten Stöckert	auf Vorschlag der FDP

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Herr Abdullah Aydik	DEIN KÖLN
Herr Horst Noack	SPD

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Herr Frank Hauser	auf Vorschlag der Grünen
Herr Berthold Bronisz	DIE LINKE.
Herr Helmut Metten	GRÜNE

Der Ausschussvorsitzende Herr Thelen begrüßt die Anwesenden und fragt nach Meldungen zur aktuell vorliegenden Tagesordnung.

Frau Domke beantragt, den TOP 3.2 von der Tagesordnung zu nehmen, da die Stadt für dieses Thema sachlich und örtlich nicht zuständig sei. Sie verweist auf § 14 Hauptsatzung.

Nach Diskussion im Ausschuss wird über den Antrag auf Absetzung des TOP abgestimmt:

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich abgelehnt gegen die FDP bei Enthaltung der CDU.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Mitteilungen

- 1.1 Mitteilung über eine von der Verwaltung abgeholten Eingabe: Mobilität in Köln (02-1600-108/12) 0603/2013
- 1.2 Erledigte Eingabe: Einsatz von LED-Technik (02-1600-10/13) 1232/2013

- 1.3 Fünfter Statusbericht zum Ausbau der Kindertagesbetreuung in Köln
1277/2013
- 1.4 Öffnung von Einbahnstraßen für Fahrradfahrer in Köln-Nippes
hier: Nachfrage aus der Sitzung des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden vom 04.02.2013, TOP 2.1.1
1093/2013

2 Anfragen

- 2.1 Mündliche Anfragen
- 2.2 Schriftliche Anfragen

3 Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

- 3.1 Pilotprojekt Elektroauto (02-1600-95/12)
4559/2012
- 3.2 Einführung einer Vermögenssteuer
 - 3.2.1 Bürgereingabe: Vermögenssteuer jetzt! (02-1600-105/12)
1363/2013
 - 3.2.2 Antrag nach § 3 GeschO: Vermögenssteuer jetzt!
AN/0337/2013
- 3.3 Bürgereingabe: Dellbrücker Hauptstraße: Tempo 30 und LKW-Sperrung (Az.:
02-1600-106/12)
0248/2013
- 3.4 Bürgereingabe zum Beschluss der Bezirksvertretung Chorweiler vom
10.05.2012 zur Busanbindung Köln-Blumenberg
0999/2013
- 3.5 Nutzung des Grundstückes Brühler Str. Ecke Militärring für jugendkulturelle
Zwecke (02-1600-02-12)
1120/2013

II. Nichtöffentlicher Teil

4 Mitteilungen

- 4.1 Erledigte Bürgereingabe: Erschließung Fröbelstraße in Köln-Pesch (02-1600-
114/12)
0395/2013

5 Anfragen

5.1 Mündliche Anfragen

5.2 Schriftliche Anfragen

**6 Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des
Landes Nordrhein-Westfalen**

I. Öffentlicher Teil

1 Mitteilungen

1.1 Mitteilung über eine von der Verwaltung abgeholten Eingabe: Mobilität in Köln (02-1600-108/12) 0603/2013

1.2 Erledigte Eingabe: Einsatz von LED-Technik (02-1600-10/13) 1232/2013

1.3 Fünfter Statusbericht zum Ausbau der Kindertagesbetreuung in Köln 1277/2013

1.4 Öffnung von Einbahnstraßen für Fahrradfahrer in Köln-Nippes hier: Nachfrage aus der Sitzung des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden vom 04.02.2013, TOP 2.1.1 1093/2013

2 Anfragen

2.1 Mündliche Anfragen

2.2 Schriftliche Anfragen

3 Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

3.1 Pilotprojekt Elektroauto (02-1600-95/12) 4559/2012

Die Petenten erläutern ihre Eingabe. Sie machen deutlich, dass sie eine Umstellung auf Elektrofahrzeuge für wirtschaftlich halten, wenn die Fahrzeuge geleast werden und die benötigte Energie vom stadt-eigenen Konzern bezogen würde.

Herr Oelrich vom Amt für Wirtschaftsförderung - Wissenschaft und Innovationsförderung nimmt für die Verwaltung Stellung. Er erklärt, dass die Kosten-Nutzen-Relation der Elektrofahrzeuge im Vergleich zu den herkömmlichen Fahrzeugen noch nicht überzeugend sei, da insbesondere die Zusatzkosten für die Akkus noch sehr hoch seien (Anschaffungskosten von etwa 20.000 €). Es wurden bereits Fahrzeuge mit alternativen Antrieben im Fuhrpark genutzt, allerdings seien die Erfahrungen nicht so positiv gewesen, dass man sich für eine Ausweitung in diese Richtung entschieden habe.

Herr Kretschmer hält einen Einsatz von Elektrofahrzeugen nur für sinnvoll, wenn der dafür genutzte Strom regenerativ erzeugt werde, da sonst die mit der Stromerzeugung

verbundene Umweltbelastung nicht vertretbar sei. Außerdem sei zu bedenken, dass allein die Umstellung auf eine alternative Antriebsart das Problem der hohen Verkehrsbelastung nicht lösen könne. Er plädiert aber dafür, künftig alternative Antriebe zu bevorzugen und schlägt daher vor, im Beschlusstext das Wort „achten“ durch „bevorzugen“ zu ersetzen.

Herr Zimmermann stimmt den Petenten zu, dass mit der Anschaffung eines Elektro-Dienstfahrzeuges des Oberbürgermeisters eine Signalwirkung erreicht werden könne, die einen Anstoß für eine Umstellung auf alternative Energien geben könnte.

Herr Schneider plädiert für den Beschlussvorschlag der Verwaltung mit der textlichen Änderung von Herrn Kretschmer.

Herr Thelen lässt über diesen geänderten Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden dankt dem Petenten für seine Eingabe. Der Ausschuss unterstützt das Bestreben, bei der Nutzung und Anschaffung öffentlich genutzter Fahrzeuge alternative, emissionsarme Antriebe, beispielsweise Elektroantriebe zu bevorzugen, um die Umweltbelastung zu reduzieren.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

3.2 Einführung einer Vermögenssteuer

3.2.1 Bürgereingabe: Vermögenssteuer jetzt! (02-1600-105/12) 1363/2013

Herr Kossiski erläutert die Eingabe des DGB. Der DGB fungiere als Sprachrohr für ein Anliegen, das von einer Vielzahl von Bürgern bundesweit initiiert worden sei und das einen Beitrag zur finanziellen Konsolidierung der kommunalen Haushalte leisten soll.

Herr Ropertz, Kämmerei, nimmt für die Verwaltung Stellung. Er würde es begrüßen, wenn die Wieder-Einführung der Vermögenssteuer zu einer finanziellen Entlastung der Stadt Köln führen würde.

Herr Koch und Frau Herbers-Rauhut sehen die Eingabe kritisch, sie halten die Eingabe nach § 24 GO nicht für das richtige Mittel, um die Einnahmesituation der Kommunen durch eine Bundessteuer zu verbessern.

Beschluss:

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden empfiehlt folgende Beschlussfassung:

Der Rat der Stadt Köln spricht sich ausdrücklich für die Einführung einer Vermögenssteuer aus.

Der Oberbürgermeister wird gebeten, sich entsprechend gegenüber der Landes- und Bundesregierung für die Einführung einer Vermögenssteuer einzusetzen und gleichzeitig darauf zu dringen, dass den Kommunen ein Anteil an diesem Steueraufkommen zugewiesen wird.

Die Stadt Köln tritt öffentlichkeitswirksam dem Bündnis „Vermögenssteuer jetzt“ bei.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt gegen CDU und FDP bei Enthaltung von Pro Köln.

3.2.2 Antrag nach § 3 GeschO: Vermögenssteuer jetzt! AN/0337/2013

Sache ist erledigt durch Beschluss zu Vorlage 1363/2013 (TOP 3.2.1).

3.3 Bürgereingabe: Dellbrücker Hauptstraße: Tempo 30 und LKW-Sperrung (Az.: 02-1600-106/12) 0248/2013

Herr Schneider hat sich zu dem TOP als befangen erklärt und nimmt daher an der Beratung nicht teil. Er wird vertreten durch das Ratsmitglied Herrn Noack.

Herr Fricke erläutert die Eingabe des Bürgervereins Dellbrück. Er erklärt, dass es den Anliegern um eine Temporeduzierung ginge. Ob dies über eine Tempo 30-Zone, oder über eine Einzelbeschilderung erreicht würde, sei nicht maßgebend.

Für die Verwaltung nimmt Herr Rothe, Amt für Straßen und Verkehrstechnik, Stellung. Die Verwaltung habe sich der von den Petenten angesprochenen Problematik angenommen und entsprechende Verkehrsuntersuchungen beauftragt.

Herr Pohl plädiert dafür, zunächst diese Verkehrsuntersuchungen abzuwarten. Nach seiner Einschätzung könne man wegen der hohen Frequentierung der Dellbrücker Hauptstraße dort tagsüber ohnehin nicht schneller als 30 km/h fahren.

Herr Löwisch verweist auf das LKW-Führungskonzept, durch das die innerstädtischen Hauptstraßen künftig vom LKW-Durchgangsverkehr befreit würden.

Herr Kretschmer setzt sich dafür ein, auf der Dellbrücker Hauptstraße, die durch die vielen Geschäfte sehr belebt sei, zum Schutz der Fußgänger und Radfahrer so schnell wie möglich eine Temporeduzierung umzusetzen und daher nicht die Verkehrsuntersuchungen abzuwarten.

Herr Rothe teilt mit, dass die Zahlen der Verkehrszählungen bereits vorliegen, allerdings noch nicht ausgewertet seien.

Herr Thelen lässt über den weitergehenden Beschlussvorschlag von Herrn Kretschmer abstimmen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden bedankt sich bei den Petenten für die Anregung. Der Ausschuss bittet die Verwaltung, auf der Dellbrücker Hauptstraße

1. zwischen Mielenforster Straße und S-Bahnhof eine Temporeduzierung auf 30 km/h und

2. zwischen Thurner Straße und Bergisch Gladbacher Straße ein Verbot für den Durchgangsverkehr für LKW

einzurichten.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt gegen die FDP bei Enthaltung von CDU und Pro Köln.

3.4 Bürgereingabe zum Beschluss der Bezirksvertretung Chorweiler vom 10.05.2012 zur Busanbindung Köln-Blumenberg 0999/2013

Die Vertreter der IG Blumenberg, Frau van Beveren und Herr Yeh erläutern ihre Eingabe.

Für die Verwaltung nimmt Herr Dörkes, Amt für Stadtentwicklung und Statistik, Stellung. Er teilt mit, dass sich die Verwaltung insbesondere wegen der erheblichen Kosten gegen eine zusätzliche Busanbindung ausspricht. Auf Nachfrage von Herrn Schneider nach einer realisierbaren Alternative, teilt Herr Dörkes mit, dass die im Beschlussvorschlag genannte Alternative, die Verlängerung der Buslinie 120, eine geprüfte und durchführbare Möglichkeit sei, eine Busverbindung herzustellen.

Herr Schneider hält es für wichtig, den Stadtteil Blumenberg an eine Buslinie anzubinden, da die bestehende S-Bahn-Verbindung für eine angemessene Sicherstellung des ÖPNV nicht ausreiche. Die damit verbundenen Kosten sollten dafür in Kauf genommen werden.

Frau Herbers-Rauhut plädiert dafür, die Vorlage ohne Votum in den Verkehrsausschuss zu verweisen, da dort die Sache fachlich angemessen bewertet werden könne.

Herr Thelen hält es für besser, ein Votum abzugeben und lässt über den Alternativen-Vorschlag der SPD abstimmen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden empfiehlt die Beschlussfassung gemäß Alternative:

Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung, in Zusammenarbeit mit der KVB AG zum Fahrplanwechsel im Dezember 2013 die Verlängerung Buslinie 120 über Chorweiler nach Blumenberg gemäß dem Konzept der Verwaltung umzusetzen.

Die Verwaltung wird beauftragt, die notwendigen infrastrukturellen Anpassungen rechtzeitig vorzunehmen und aus der Pauschale gemäß § 11 Abs. 2 ÖPNVG NRW zu finanzieren.

Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung gleichzeitig mit der Aufnahme der sich aus der Inbetriebnahme ergebenden wirtschaftlichen Konsequenzen in die Betrauungsregelung vom 15.12.2005/24.06.2008. Die Anpassung der Finanzierungsbausteine und der entsprechenden Parameter erfolgt mit dem Monat der Inbetriebnahme des neuen Angebots.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt bei Enthaltung der CDU.

3.5 Nutzung des Grundstückes Brühler Str. Ecke Militärring für jugendkulturelle Zwecke (02-1600-02-12) 1120/2013

Der Petent, Herr Teine ist erschienen.

Für die Verwaltung sind anwesend:

Herr Rostek, Gebäudewirtschaft

Herr Amrehn, Bauaufsichtsamt

Herr Makrutzki, Stadtplanungsamt

Der Ausschuss kritisiert, dass vom Jugendamt niemand anwesend ist, da dieses Amt vom Ausschuss für Anregungen und Beschwerden beauftragt war, den Petenten bei der Überprüfung und Weiterentwicklung des Konzeptes zu unterstützen.

Außerdem sollte das Grünflächenamt an der Beratung teilnehmen, das aufgrund der Planungen für den Grüngürtel entsprechend dem Entwicklungskonzept „Grüngürtel: Impuls 2012“ die weitere Nutzung des Grundstückes ablehnt.

SPD und Grüne sprechen sich dafür aus, die Vorlage zu vertagen, da eine Entscheidungsfindung nur nach Beratung mit der maßgeblichen Fachverwaltung möglich sei.

Nach Diskussion, ob bereits mit der Beratung begonnen werden solle, lässt Herr Thelen auf Antrag der CDU über den Schluss der Debatte abstimmen.

Beschluss:

Die Beratung der Vorlage wird zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung, zu der ein Erscheinen der Fachverwaltung aus allen betroffenen Fachbereichen erwartet wird.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt bei Enthaltung von Herrn Thelen.

II. Nichtöffentlicher Teil

4 Mitteilungen

4.1 Erledigte Bürgereingabe: Erschließung Fröbelstraße in Köln-Pesch (02-1600-114/12) 0395/2013

5 Anfragen

5.1 Mündliche Anfragen

5.2 Schriftliche Anfragen

6 Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

gez. Thelen
Vorsitzender

gez. Droske
Schriftführer